

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

DIENSTAG, DEN 6. APRIL 1948

VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2

4. JAHRGANG / NUMMER 27

Die panamerikanische Konferenz

BOGOTA. Der amerikanische Außenminister Marshall bot auf der zweiten Plenarsitzung der Interamerikanischen Konferenz den amerikanischen Nationen die Wirtschaftshilfe der USA sowie öffentliche und private Finanzunterstützung zur Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder an.

Er erklärte weiter: „Wenn eine aufrichtige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion erzielt werden könnte, dann wären der Wiederaufbau der Welt und der Frieden gesichert.“

Im Verlauf der Konferenz wurde ein Unterausschuß gebildet, der die Aufgabe hat, die Frage der europäischen Kolonien in der westlichen Hemisphäre zu prüfen.

Ein Vertreter der Bewegung für die Unabhängigkeit der drei guayanischen Staaten forderte die Behandlung der Frage der Unabhängigkeit dieser Länder durch die Konferenz und die Schaffung eines guayanischen Gesamtstaates. Im Zusammenhang damit wird Venezuela die Durchführung einer Volksabstimmung in sämtlichen europäischen Kolonien des amerikanischen Kontinents beantragen.

Truman unterzeichnet Europahilfsplan

Spanien gestrichen, Triest einbezogen / Ausdehnung auf militärische Hilfe?

WASHINGTON. Der Senat der USA hat am vergangenen Samstag den Gesetzentwurf, der 6,1 Milliarden Dollar für die Europahilfe, für China, Griechenland und die Türkei sowie für den amerikanischen Beitrag zum Internationalen Kinderhilfsfonds vorschlägt, gebilligt. Diese Abstimmung erfolgte drei Monate, nachdem der Marshall-Plan dem Kongreß vorgelegt worden war.

Anschließend hat Präsident Truman in feierlicher Zeremonie das Gesetz unterzeichnet.

Vor der Abstimmung wurde von der gemischten Kommission des Repräsentantenhauses und des Senates Spanien als Teilnehmerstaat gestrichen.

Durch die Unterschrift Präsident Trumans hat das Gesetz über das Auslandshilfsprogramm Exekutivkraft erlangt. Die Kreditkommissionen der Kammer und des Senats haben nun im einzelnen über die Verteilung der Kreditsummen zu entscheiden.

Folgende Zahlen sind vorgesehen: Europahilfe 5,3 Milliarden Dollar; Wirtschaftshilfe für China 338 Millionen; militärische Hilfe für China 125 Millionen; militärische Hilfe für

Griechenland 200 Millionen; militärische Hilfe für die Türkei 75 Millionen; Triest-Fonds 20 Millionen; für den Internationalen Kinderhilfsfonds 60 Millionen.

Gestern haben die ersten mit Lebensmitteln und Rohstoffen beladenen Schiffe New York verlassen.

In amerikanischen politischen Kreisen spricht man zwar in bezug auf den Auslandshilfsplan von einem „Vabanquespiel“, erkennt aber an, daß die USA „diese Chance, den Nationen Hoffnung auf eine bessere Zukunft machen zu können“, ausnützen müssen. Man vermutet, daß Außenminister Marshall von Truman zum Administrator des Hilfsplans ernannt werden wird.

Der republikanische Senator Lodge, eines der einflußreichsten Mitglieder der Außenpolitischen Kommission des Senats, trat dafür ein, das Hilfsprogramm in eine militärische Hilfe für die westeuropäischen Nationen zu erweitern unter der Bedingung, daß die Demokratien ihre Verteidigung gegen eine eventuelle sowjetische Aggression koordinieren.

In den an dem Hilfsplan beteiligten Ländern sieht man dessen Unterzeichnung durch Präsident Truman allgemein als ein Ereignis von historischer Bedeutung an. So heißt es in Pariser verantwortlichen Kreisen: „Es ist das erste Mal, daß ein Volk solch große Opfer auf sich nimmt, um anderen Völkern zu helfen.“

Der italienische Ministerpräsident de Gasperi richtete an Außenminister Marshall ein Telegramm, in dem er die USA der Dankbarkeit Italiens und seines Willens zur internationalen Zusammenarbeit versichert.

In politischen Kreisen Spaniens zeigt man sich über den Ausschluß Spaniens aus dem Marshall-Plan nicht enttäuscht. Die Zeitungen schreiben, daß Spanien, das niemals etwas verlangt habe, es nicht bedauere, von den wirtschaftlichen Verpflichtungen, die der Wiederaufbauplan auferlege, ausgeschlossen zu sein.

Krise der Parteien

Von Will Hanns Hebsacker

Der Artikel „Aktiv oder passiv“ von Fred Schwarz wurde von uns veröffentlicht, weil wir mit ihm ein Thema anschnitten wollten, das für unsere politische Entwicklung von grundsätzlicher Bedeutung ist. Da wir in unserer Zeitung alle Meinungen zu Wort kommen lassen, haben wir Herrn Schwarz den Vortritt gegeben, möchten aber dazu heute erklären, daß er mit seinen Ausführungen zwar für einen Teil unseres Volkes recht hat — aber doch nur für den Teil, auf den es nicht ankommt, nämlich auf die Gesinnungsakrobaten ohne Charakter und Überzeugung, mit der im Dritten Reich geübten Radfahrerhaltung (nach oben krumm, nach unten treten) und mit dem scheuen Blick nach allen Seiten, ob auch genügend Neben- und Vorder- und Hintermänner zum Marsch in die deutsche Zukunft angetreten sind.

Der eine oder andere mag heute noch nicht den Irrtum des Nationalsozialismus eingesehen haben. Mit dem Mann kann man reden, kann ihn überzeugen — oder auch nicht; auf alle Fälle weiß man, wie man mit ihm daran ist. Aber die „Passiven“, die Herr Schwarz zitiert, können wir gut und gern beiseite lassen, wenn es uns mit dem demokratischen Aufbau unseres Staates ernst ist, denn außer ein paar Postenjägerei werden wir in diesem Rückstand der braunen Masse nichts finden, was — in der oder jener Staatsform — ernsthaft politisch interessiert wäre.

Zur Ehre der heutigen Majorität der Nichtwähler und der Parteilosen muß gesagt werden, daß sich gerade unter ihnen sehr viele befinden, die aktiv am Aufbau der Demokratie mitarbeiten und in antifaschistischen Organisationen an der Spitze stehen. Darunter sind Angehörige aller Konfessionen, Bürger, Arbeiter und Bauern, Männer und Frauen jeden Alters und verschiedener Weltanschauung, einzig in dem Willen: nie wieder Nationalsozialismus, „totalitären Staat“ und geheime Führerbefehle eines Irrsinnigen und seiner Helfersbelfer, die unser Volk ins Verderben geführt haben, es aber heute, laut Fragebogen, nicht mehr gewesen sein wollen.

Zumgeben ist, daß die neuen (im Grunde alten) Parteien nicht verstanden haben, sich Freunde zu machen. Und warum? Weil die Doktrin und das Parteischema jedes Leben, vorab das politische, erstickt. Sollen wir deshalb resignieren? Ganz im Gegenteil. Die Parteien müssen sich reformieren oder, wenn sie das nicht wollen, von der Bildfläche verschwinden. Es gibt heute schon eine sehr aktive und überall verbreitete, nicht parteipolitisch gebundene Vereinigung, geführt von D. Sternberger, Herausgeber der Zeitschrift „Die Wandlung“ in Heidelberg, die sich für eine grundlegende Reform unseres Wahlrechts einsetzt, mit dem Ziel, die Vormachtstellung der Parteien abzuschaffen zugunsten des in der Mehrheits- und Personewahl (an Stelle der Listen- und Verhältniswahl) in das Parlament entsandten Abgeordneten, der nicht mehr einer Partei mit ihren vielen anonymen Einflüssen, sondern seinem Wahlkreis und seiner Wählerschaft unmittelbar verantwortlich ist.

Nach wie vor können die politischen Parteien ihre Kandidaten vorschlagen, aber die endgültige Entscheidung über den Mann seines Vertrauens hat ausschließlich der Wähler, nach dem Grundsatz, daß die Staatsgewalt vom Volk (und nicht von den Parteien) ausgeht. Dadurch werden aus Parteifunktionären in der neuen Volksvertretung die ihren Wählern verantwortlichen, sonst aber unabhängigen Politiker, und dem Parteienkudhhandel, einem Krebsgeschwür aller Parlamente, wird von heute auf morgen der Garaus gemacht.

Die Probe aufs Exempel haben wir in Württemberg an unseren Gemeinderatswahlen. Bei ihnen war es möglich, parteilose Listen aufzustellen und außerdem durch Hinzunahme oder Weglassung von Namen aus allen Vorschlägen sozusagen einen „eigenen“ Stimmzettel in die Urne zu legen, wovon die überwiegende Mehrheit der Wähler Gebrauch gemacht hat.

Als dann die Landtagswahlen mit den Stimmzetteln der Parteien kamen, blieb die Hälfte aller Wähler zu Hause. Das sollte zu denken geben, am allermeisten den Herren Parteivorsitzenden und Parteisekretären.

Aktiv oder passiv? Wenn das bisherige falsche Wahlsystem beseitigt ist, wird auch unsere politische Bilanz wieder aktiv werden.

Italien und Transjordanien in den UN?

LAKE SUCCESS. Die Delegierten der USA, Großbritanniens und Frankreichs beantragten in einem Schreiben an den Präsidenten des Sicherheitsrates eine erneute Prüfung der Zulassung Italiens und Transjordanien zu den Vereinten Nationen.

Bekanntlich stieß die Kandidatur Italiens bereits zweimal auf das sowjetische Veto, obwohl sie von der Mehrheit der Delegierten des Sicherheitsrates angenommen worden war.

In Kreisen der UN ist man der Ansicht, daß der erneute Antrag zu einem Aktionsplan gehöre, der darauf abziele, die kommenden italienischen Parlamentswahlen zu beeinflussen. Das Vorgehen der drei Westmächte sei eine Parallele zu ihrer Erklärung über Triest.

Die Westzonen auf der Sechzehner-Konferenz

Neue Vollversammlung einberufen / Höherer Lebensstandard für französische Zone

PARIS. Eine neue Vollversammlung der europäischen Wirtschaftskonferenz wird am 12. April in Paris zusammentreten. Dazu sind diesmal auch die Vertreter der drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands eingeladen worden. Die Sechzehnerkonferenz verwandelt sich demnach in eine Siebzehnerkonferenz.

Die drei Westzonen werden durch die Delegierten der Militärbefehlshaber in den drei Westzonen vertreten. Als technische Berater und Sachverständige werden deutsche Experten hinzugezogen.

Die Versammlung wird die von den Arbeitsausschüssen gemachten Vorschläge zu einer Realisierung des Marshall-Planes prüfen und sich mit der Frage befassen, in welcher Weise und in welchem Umfang Westdeutschland in das europäische Wiederaufbauprogramm eingeschaltet werden soll.

Im Zusammenhang mit der Annahme des Europahilfsplanes durch das amerikanische Repräsentantenhaus und den Senat sind die vorbereitenden Arbeiten der amerikanischen Sachverständigen zur Einschaltung der Kredite für die französische Besatzungszone in ein neues Stadium gerückt.

Die Sechzehnerkonferenz in Paris hatte bereits beschlossen, die Westzonen Deutschlands als von den Besatzungsmächten unabhängige wirtschaftliche Einheiten in Betracht zu ziehen. Demzufolge hat die französische Zonenverwaltung eine Erhöhung der ursprünglich vorgesehenen Kredite gefordert.

Entsprechend den Absichten seiner Urheber wird die Durchführung des Europahilfsplanes für die französische Besatzungszone vor allem eine merkliche Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung (besonders in Ernährungsfragen) zur Folge haben.

Das Gelingen des Hilfsplanes wird auf der anderen Seite aber auch von dem Unternehmungsgeist der deutschen Bevölkerung und

von dem Arbeitseifer abhängen, den sie zur Erfüllung der vorgesehenen Ausfahrten einsetzen wird.

Ein Kommuniqué des Zweimächtekontrollamtes in Frankfurt stellt fest, daß der englische und der amerikanische Wirtschaftsberater Sir Cecil Weir und Mr. L. Wilkinson ihre Befriedigung über den ihnen von deutscher Seite überreichten Plan zur Einschaltung der Doppelzone in den Marshall-Plan ausgedrückt haben. Der amerikanische Berater sprach den Wunsch aus, daß der endgültige Plan, der in zehn Tagen den Oberbefehlshabern übermittelt werden soll, elastisch gehalten wird.

In einer Pressekonferenz beim bizonalen Verwaltungsrat teilte dessen Vorsitzender Dr. Hermann Pänder mit, daß die Verhandlungen von alliierter Seite darauf hindeuten, daß die Biron mit 25 Prozent an der insgesamt für die Durchführung des Europahilfsplanes zur Verfügung stehenden Summe beteiligt werde.

Sicherheitsrat für Waffenruhe in Palästina

Außerordentliche UN-Vollversammlung am 16. April / Geleitzugsgefecht vor Jerusalem

LAKE SUCCESS. Der Sicherheitsrat der UN billigte einstimmig die amerikanische Resolution, in der die Juden und Araber aufgefordert werden, die Feindseligkeiten einzustellen.

Dazu erklärte der Vertreter der jüdischen Agentur vor dem Sicherheitsrat, „daß die Waffenruhe, so wie sie in der Resolution gefordert wird, einer Kapitulation der Juden gleichkommt“. Die Waffenruhe müsse durch irgendeinen Organismus überwacht werden, der im Falle einer Verletzung eingreifen würde.

Da auch in arabischen Kreisen ein Waffenstillstand kategorisch abgelehnt wird, bleibt abzuwarten, wieviel sich der Beschluß des Sicherheitsrates auf die Kämpfe in Palästina auswirken wird. Ein Sprecher der Irqun bezeichnete den amerikanischen Vorschlag als eine „politische Falle“, um Großbritannien in Palästina festzuhalten.

Die in der amerikanischen Resolution ebenfalls geforderte Einberufung einer außerordentlichen UN-Vollversammlung zur Behandlung des Palästinaproblems wurde vom Sicherheitsrat ebenfalls, jedoch bei Stimmhaltung der UdSSR und der Ukraine, angenommen. Die Versammlung wird am 16. April zusammentreten.

In einer Pressekonferenz erklärte der Generalsekretär der UN, Trygve Lie, daß sofort nach Beendigung des britischen Mandats über Palästina (am 15. Mai) in Jerusalem eine Polizeitruppe eingesetzt werden könne, falls die UN-Kommission für Palästina dazu ermächtigt würde.

Konferenz für Nachrichtenfreiheit

GENÈVE. In Genf tagt zurzeit eine Konferenz für Nachrichtenfreiheit, zu der die Mitgliedstaaten der UN ihre Delegierten entsandt haben. Die Konferenz hat verschiedene Ausschüsse und Kommissionen gebildet, die die Hauptthemen der Informations- und Nachrichtenfreiheit, der Zensur usw. bearbeiten.

Der erste Paragraph einer amerikanischen Resolution, die die allgemeinen Grundsätze der Nachrichtenfreiheit festlegt, wurde angenommen.

Ferner wurde ein britischer Vorschlag gebilligt, in dem es heißt, daß kein rechtmäßig zugelassener Auslandskorrespondent aus einem Land deshalb ausgewiesen werden kann, weil er von seinem Recht auf Suchen, Empfangen und Verbreiten von Informationen oder Ansichten Gebrauch gemacht hat.

Die Vertreter der Oststaaten versuchten wiederholt, Angriffe gegen die Westpresse vorzubringen. Der rumänische Delegierte behauptete, daß in den USA eine „heuchlerische Zensur“ herrsche, die sich nicht zu ihrem Namen bekenne. Der amerikanische Vertreter bezeichnetete diese Erklärungen als „nutzlose Tiraden, die von Entstellungen wimmeln“.

Seit dem vergangenen Mittwoch ist auf der Straße Tel Aviv—Jerusalem ein schweres Geleitzugsgefecht im Gange. Arabische Truppen griffen mit Panzereinheiten einen Transport der Haganah an. Alle Fernsprechverbindungen zwischen Tel Aviv und Jerusalem sind unterbrochen.

Auch Griechenlandfrage vor den UN

ATHEN. Griechischen Pressemeldungen zufolge haben mehrere Delegierte der UN-Balkankommission die Absicht geäußert, die Griechenlandfrage auf der außerordentlichen UN-Vollversammlung am 16. April zur Sprache zu bringen. Dieser Entschluß sei gefällt worden, nachdem der sichere Beweis erbracht worden sei, daß der slawische Block die Partisanentruppen General Markos unterstütze.

Am vergangenen Freitag ist der türkische Außenminister Sadak zu Besprechungen mit dem griechischen Außenminister Tsaldaris in Athen eingetroffen. Vor allem soll die Haltung der beiden Staaten gegenüber den arabischen Ländern erörtert werden.

Eine internationale Konferenz, die sich mit der Unterstützung des demokratischen Griechenland befassen wird, tritt am 10. April in Paris zusammen. Über sechzig Abgeordnete werden u. a. die USA, Großbritannien, Belgien, Polen, Dänemark, Jugoslawien, die Schweiz, Luxemburg und Australien vertreten. Der Labourabgeordnete Zilliacus wird über die ausländische Intervention in Griechenland berichten.

Benesch fürchtet deutschen Angriff

PRAG. Bei der Uebergabe des Beglaubigungsschreibens des neuen Botschafters der UdSSR in der Tschechoslowakei, Mikhail Sillin, erklärte Präsident Benesch: „Wir haben keinen anderen Wunsch, als in Frieden und Sicherheit zum Nutzen beider Nationen zu leben, für sie eine neue wirtschaftliche Blütezeit zu schaffen und den Massen das Glück einer bedeutenden kulturellen Entwicklung zu vermitteln. Dies ist unser gemeinsames Friedensprogramm, das wir angesichts der Gefahr eines neuen deutschen Angriffs verfolgen wollen.“

Der ehemalige tschechoslowakische Gesandte in Ankara äußerte vor seiner Einschiffung nach den USA, er könne die Haltung von Präsident Benesch nicht begreifen. „Ich glaube, er ist krank und gezwungen, Erklärungen abzugeben, die im Widerspruch zu seiner Politik stehen.“

Zur Aburteilung der Personen, die illegal die Grenzen zu überschreiten versuchten, wurden Sondergerichte, sogenannte „Stantsgerichte“, geschaffen. Die Anklage soll allgemein auf Vergehen gegen die Staatssicherheit lauten.

Verteidigungsprogramm der USA

WASHINGTON. In einem Schreiben an den Sprecher des Repräsentantenhauses, Martin, legte Präsident Truman das neue Verteidigungsprogramm der amerikanischen Regierung dar. Nach diesem Programm sollen 3 Milliarden Dollar für folgende Ausgaben bereitgestellt werden: Erhöhung der Truppenbestände, aeronautische Versuche und Ankauf von Flugzeugersatzteilen, Modernisierung der Luftwaffe, Unterhalt der bestehenden militärischen Einrichtungen und wissenschaftlichen Forschungen.

Verteidigungsminister Forrestal legte dem Kongreß einen Gesetzentwurf über die sofortige Rekrutierung aller jungen Leute zwischen 19 und 25 Jahren vor. Forrestal verlangte die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Der Prinzregent Charles von Belgien und Außenminister Henri Spaak sind zu einem zehntägigen Besuch in Washington eingetroffen. Gestern hatte Prinz Charles eine Unterredung mit Präsident Truman.

Der sowjetische Rundfunk verbreitete am Samstag die Meldung, daß gegenwärtig in Washington Geheimverhandlungen zwischen den USA und Großbritannien stattfinden, um einen engen Militär- und Wirtschaftsvertrag zwischen diesen beiden Ländern und Kanada abzuschließen. Großbritannien versuche, sich eine leitende Stellung bei der Verteilung der Amerikahilfe für Europa zu sichern.

Tschiangkai-schek kandidiert nicht

NANKING. Bei der Eröffnung der außerordentlichen Plenarsitzung des Zentral-Exekutiv-ausschusses des Kuomintang erklärte Marshall Tschiangkai-schek, er wolle nicht für die Präsidentschaftswahl kandidieren.

Der Marshall begründete seinen Entschluß damit, daß es besser sei, wenn der Präsident der Republik nicht Mitglied des Kuomintang ist. Auch könne er seinem Land besser dienen, wenn er aktiv am Kampf gegen den Kommunismus teilnehmen könne.

Unterrichtete Kreise sind jedoch der Ansicht, daß Tschiangkai-schek sich den Posten des Ministerpräsidenten vorbehalten werde.

Kleine Weltchronik

MÜNCHEN. Die Spruchkammerverhandlung gegen den Reichsminister Dr. Frick wird in Nürnberg am 13. April beginnen. Durch dieses Verfahren soll das Verfügungsrecht über das Vermögen Fricks geklärt werden.
DÜSSELDORF. Lord Pakenham ist nach einem mehrtägigen Besuch Westdeutschlands wieder nach London zurückgekehrt.
DÜSSELDORF. 1.940.000 Zigarren und 400.000 Zigaretten sind bei einem Händler in der Gegend von Düsseldorf sichergestellt worden.
HAMBURG. Die amerikanische Regierung hat jetzt die für Zahlungen an ehemalige deutsche Kriegsgefangene in Amerika erforderlichen RM-Guthaben der amerikanischen Militärregierung in Berlin übertragen. Die Verantwortung für die Durchführung dieser Zahlungen soll in Kürze einer deutschen Stelle übertragen werden.
BERLIN. Sowjetjournalisten wollen bei einem Besuch in Westdeutschland feststellen haben, daß bei Daxhof eine Panzerwagenfabrik mit einer Belegschaft von 800 Arbeitern für die britische Armee arbeite. Auch die Augsburg-Messerschmittwerke seien völlig intakt, während die Amerikaner für die Friedensindustrie arbeitende Unternehmen aus Konkurrenzgründen abmontiert hätten.
BERLIN. Deutschamerikaner haben an die „Deutsche Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ ein Sympathiegramm gerichtet, worin sie gegen die „kriegsheterischen USA-Imperialisten“ und für die Politik von Wallace Stellung genommen wird.
BERLIN. Im Leipziger Stadtparlament kam es wegen einer Osterausstellung von Obst und Gemüse für Kinder, die dann aus Benigurken bestand, zu einer lebhaften Debatte. Künftig sollen nur Lebensmittel aufgeführt werden, die verfügbar sind.
BERLIN. Auf einer Juristentagung der VVN in Berlin ist gefordert worden, daß kein Rechtsanwalt einen ehemaligen Nationalsozialisten vertreten soll.
BERLIN. Die allgemeine Auswanderung von Deutschen und Österreicher nach Australien ist erst möglich, wenn die jeweiligen Friedensverträge unterzeichnet sind, teilt die australische Militärmission in Berlin mit. Danach soll jedoch die Auswanderung nach Australien in größerem Umfang möglich sein.
PARIS. Der Exekutiv Ausschuss der Unesco ist übereingekommen, Deutschland in das Arbeitsprogramm der Unesco einzuschließen. Diese Entscheidung wurde allerdings nur mit Billigung der drei westlichen Militärgouverneure gefaßt. Für die Ostzone hat sich der russische Militärgouverneur noch nicht geäußert.
DEN HAAG. In dem Prozeß gegen den ehemaligen SS-Sicherheitskommissar für die Niederlande, Oberführer der SS und Polizei Hans Rauter, wurde gegen den Angeklagten die Todesstrafe beantragt. Rauter organisierte u. a. die Verschleppung von 110.000 Juden.
DEN HAAG. Nach amtlichen Meldungen soll die kolonialische Wehrmacht durch die Schaffung einer „Nationalreserve“ und eines „Reservegrenzschutzkorps“ verstärkt werden, um im Bedarfsfall bei der Aufrechterhaltung der Ordnung Unterstützung zu finden.
LONDON. Frau Roosevelt ist zu einem hitzigen Besuch in England eingetroffen, wo sie Gast des englischen Königsgeparks ist.
LONDON. Die Labour Party des Londoner Bezirkes hat auf ihrem Kongreß festgestellt, daß die konservative Partei einen beträchtlichen Stimmenzuwachs aufzuweisen hat.
PRAHA. Der ehemalige slowakische Vizepräsident und stellvertretende Vorsitzende der Slowakischen Demokratischen Partei, Ustaly, ist nach Meldung einer slowakischen Zeitung verhaftet worden.
BUDAPEST. Bisher sind etwa 300 bis 400 Industrieunternehmen in Ungarn von dem Gesetz über die Verstaatlichung der Betriebe betroffen worden.
ATHEN. Eine Blauerin in Thrasien hat gesunde Fingerringe zur Welt gebracht.
ANKARA. Der erste russische Botschafter in der Türkei seit 1946 ist in der türkischen Hauptstadt eingetroffen. Man nimmt dort an, daß der Botschafter sowohl neue russische Forderungen erheben, als auch sich für einen russisch-türkischen Freundschaftspakt einsetzen wird.
MOSKAU. Der sowjetische Staatsvertrag hat Dokumente des deutschen Außenministeriums aus den Jahren 1917 und 1918 veröffentlicht.
TOKIO. Dem japanischen Parlament ist ein Gesetzentwurf überreicht worden, der zur Bekämpfung des Piraterie- und Schiffsgerissenwessens einen Küstenwache von 125 Schiffen und 10.000 Mann vorsieht.
BRISBANE. Der Eisenbahnstreik in der australischen Provinz Queensland ist nach 21 Tagen eingestellt worden.
SYDNEY. Im Hafen von Sydney sind 15.000 Ballen Baumwolle im Wert von 600.000 Pfund Sterling, ein Viertel des Jahresbedarfs Australiens, vorbesetzt.

Die Westmächte bleiben fest

Seit Samstag fahren wieder Militärzüge — Protestnoten wurden beantwortet

BERLIN. Durch die sowjetische Kontrolle der Militärzüge der westlichen Alliierten ist die Lage in Berlin nach wie vor unklar und gespannt. Ab Freitagabend sind indessen wieder US-Versorgungszüge mit nur geringfügigen Verspätungen in Berlin eingetroffen. Man vermutet, daß damit der Eisenbahnverkehr von den Westzonen nach Berlin wieder aufgenommen wird, während über ein Funktionieren des Eisenbahnverkehrs in umgekehrter Richtung noch nichts bekannt ist.
Der Personenverkehr für Militärpersonen zwischen Berlin und der US-Zone fand vorläufig auf dem Luftwege statt. Große amerikanische Transportmaschinen waren eingesetzt, die den Verkehr zwischen Berlin und Nordwestdeutschland für die ausfallenden Züge übernahmen. Seit Sonntag sind diese Transporte jedoch eingestellt.
In der Sitzung der stellvertretenden alliierten Kommandanten von Berlin kam es am Freitag zu einer heftigen Kontroverse. Der Sowjetoberst Jelisarow beschuldigte die westlichen Besatzungsmächte der industriellen Ausplünderung Berlins. Die Delegierten der Westmächte wiesen darauf hin, daß die Industrien Berlins schon im Jahre 1947 verlagert worden seien, ein großer Bestandteil sei dann von den Sowjets nach Eroberung der Stadt demontiert worden.
Im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Ausplünderung betonte der Russe, daß die Zonenkontrolle keine Einschränkung, sondern eine Erweiterung des Interzonenverkehrs beschuldige. In der Berliner SED-Presse wird dies dahin gedeutet, als ob es sich um wirtschaftliche Schutzmaßnahmen für die Ostzone, um die Verstopfung der Schwarzmarktkanäle und um die Erhaltung der wirtschaftlichen Bedeutung Berlins handle.
Oberst Jelisarow forderte dann die Auflösung von sieben Arbeitsausschüssen zur Veranlassung und Beschleunigung der Arbeit der Alliierten Kommandantur. Da sich die westlichen Delegierten eine Stellungnahme vorbehalten, teilte Oberst Jelisarow mit, daß die sowjetischen Vertreter in Zukunft nicht mehr an den Sitzungen der zur Auflösung vorgeschlagenen Ausschüsse teilnehmen könnten. Der britische Sprecher erklärte, seine Delegation sei bereit, die russischen Vorwürfe zu diskutieren.
Als Folge der Kontrollmaßnahmen sind sowohl der britische Flugverkehr nach Berlin als auch der Militärverkehr Paris-Berlin und Baden-Baden-Berlin bis Freitag eingestellt gewesen. Der zivile Postverkehr von Berlin nach den West-

zonen, der teilweise mit amerikanischen Militärzügen erfolgte, ist von der deutschen Post übernommen worden, wodurch sich wesentliche Verspätungen ergaben.
Da die Lebensmittelversorgung der Stadt Berlin nicht unter die Kontrolle fällt, ist sie bis jetzt auch nicht gefährdet. Aber auch hier ergaben sich Schwierigkeiten, denn die sowjetischen Besatzungsbehörden ließen von den 14 bestehenden Eisenbahn-grenzübergängen nach der sowjetischen Zone nur vier zur Befoderung von Versorgungsgütern zu Praktikum zurzeit nur noch die Bahnverbindung Helmerstedt-Berlin in Frage.
Am Sonntag wurde von amerikanischer Seite als Antwort auf das von den Russen am Samstag übergebene Protestschreiben erklärt, man sei bereit mit den Russen Rücksichten zu beraten, die beide Teile befriedigen könnten. Nicht einverstanden erklärten die Russen sich aber damit, daß den Vertretern der anderen Mächte Zutritt zu den US-Militärzügen gewährt werde.
Das Zehn der Kontrollmaßnahmen in den Hauptstädten der Westmächte ist groß. General Clay wurde für die USA zum einzigen Verhandlungspartner mit den Sowjets bestimmt. Der US-Staatssekretär für die Armeen erklärte: „Die USA werden ihre Stellungen in Berlin halten, aber sie werden keine Provokation unternehmen.“ Bidault erklärte im französischen Ministerrat, daß der Kommandant und die französischen Truppen Berlin nicht verlassen werden, die Regierung aber bereit ist, die Spannungen zu mildern.
Da die „Pravda“ die Handlungsweise Marshall Sokolowski als logische Folge des Versagens des Viermächtemechanismus im Kontrollrat erklärt hat, ist man in Paris und in Washington der Meinung, daß die Russen mit den Kontrollmaßnahmen entweder eine Verdrängung der westlichen Alliierten aus Berlin oder eine neue Konstituierung des Kontrollrats beabsichtigen haben.
Sowohl die Amerikaner als auch die Briten betonten, es wäre besser gewesen, die Russen hätten vor ihren Maßnahmen verhandelt als erst nachher.
Marshall Sokolowski hat eine Einladung des britischen Militärgouverneurs auf Dienstag angenommen. Er wird dort mit Feldmarschall Montgomery sitzen.
Übereinstimmend melden die alliierten Kommandanten, daß sich die deutsche Bevölkerung ruhig verhalte. Internenspanne werden nach wie vor ausgegeben.

Die belagerte Reichsbahndirektion

In der Nacht zum Samstag ist das Gebäude der Reichsbahndirektion in Berlin von amerikanischen Polizisten umzingelt worden. Obwohl das Gebäude in der amerikanischen Zone liegt, wird es von den Sowjets verwaltet. Die M. P. forderte die russischen Posten vor dem Haupteingang auf, sich ins Innere des Gebäudes zurückzuziehen, da nur dieses als exterritorial gelte, nicht aber die Straße. Durch die neue Lage war es den Russen zwar gestattet, das Gebäude zu verlassen, nicht aber es zu betreten. Der sowjetische Kommandant von Berlin protestierte gegen die amerikanische Blockade. Sie stören die Arbeit der sowjetischen Offiziere, denen die Unterweisung der deutschen Angestellten obliegt. Ein amerikanischer Oberst wies den Protest zurück mit der Begründung, die Posten seien darum aufgestellt worden, weil sowjetische Posten in und vor dem Gebäude stationiert wurden, ohne daß der amerikanischen Armee eine entsprechende Erklärung abgegeben worden sei. Darauf der russische Kommandant die Postierung sei als Schutzmaßnahme erfolgt, weil bekannt geworden sei, daß verbrecherische deutsche Elemente wertvolle Akten zu vernichten beabsichtigten, denn das Reichsbahngelände sei das Eisenbahnhauptquartier der sowjetischen Militärbehörden. Da die russischen Offiziere sich weigerten, das besetzte Gebäude zu verlassen, erklärten sie ihre Verpflegung in großen Küchen, die von russischen Offizieren an das Portal gebracht wurde, von wo aus deutsche Angestellte das Essen den Empfängern zustellen hatten. Die vor dem Portal wartenden Russen erhielten die leeren Kübel mit einer Empfangsbestätigung zurück, worauf sie sich häufig von den amerikanischen Offizieren verabschiedeten.

Sachleistungsgesetz gefordert

STUTTGART. Dem süddeutschen Länderrat ist die Annahme eines Gesetzes über Sachleistungen für öffentliche Aufgaben empfohlen worden, damit endlich die durch den Zusammenbruch bedingten Verhältnisse beendet werden können. Dieses Gesetz soll an Stelle des früheren Reichleistungsgesetzes in der ganzen US-Zone gelten. Zugleich soll eine Rechtsangleichung mit den anderen Zonen angestrebt werden. Das Sachleistungsgesetz hat u. a. die Aufgabe, die Flüchtlinge und die Opfer des Faschismus in den Wirtschaftsprüfung der einzelnen Länder einzugliedern.
Im Länderrat ist kürzlich auch der Zustrom illegaler Flüchtlinge aus der Ostzone besprochen worden. Allein in Nordrhein-Westfalen seien vom November 1946 bis Januar 1948 225.000 Grenzpassiere aufgenommen worden. Zu den Behauptungen der sowjetisch orientierten Presse über einen Flüchtlingsstrom von West nach Ost wurde festgestellt, daß dieser etwa halb so groß sei als umgekehrt. Aus der Tschechoslowakei kämen täglich etwa 100 Flüchtlinge nach Westdeutschland.

Vorerst keine Trizone

BERLIN. An der Besprechung der Oberbefehlshaber der drei Westzonen, der Generale Clay, Koenig und Robertson, die am Donnerstag in Berlin stattfand, nahmen auch die Missionen der Besatzungsmächte teil.
Die Ausdrucksverfolgen in erster Linie den Zweck, die Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen der anglo-amerikanischen und der französischen Besatzungszone zu ordnen. Die Frage einer Trizone wurde jedoch nicht erwähnt.
Die Verhandlungen betrafen ausschließlich Probleme technischer, wirtschaftlicher und finanzieller Art, die sich aus der Fusion der englischen und amerikanischen Zone und der Gründung des erweiterten Frankfurter Wirtschaftsraumes für die drei Besatzungsmächte ergeben haben. Dabei wurde besonders der Personen- und Warenverkehr mit der französischen Zone und deren Versorgung mit Rohstoffen besprochen.
In der Frage der Währungsreform drückte der französische Oberkommandierende die Hoffnung aus, daß es möglich sei, die Reform auf der Viererbasis durchzuführen.

Britische Stimme für Besatzungsstatut

FRANKFURT. Der britische Labourabgeordnete Richard Crossman, der derzeit in Deutschland weil, hat die Durchführung von Parlamentswahlen in Westdeutschland nach der Währungsreform gefordert. Die politische Organisation Deutschlands sei allein Aufgabe der Deutschen. Er sei mit der Mehrheit der britischen Unterhausabgeordneten der Ansicht, daß den Deutschen unverzüglich ein Besatzungsstatut gegeben werden müsse. Westdeutschland solle in die Vereinigung der westeuropäischen Länder einbezogen werden und an allen Konferenzen aktiv teilnehmen. Der deutsche Wirtschaftsrat sei eine Annäherung von Individuen, die selbst bei den Deutschen kein Vertrauen besitzen.

Für den europäischen Föderalismus

REGENSBURG. Das Internationale Institut für Sozialwissenschaften und Politik der Universität Freiburg (Schweiz) veranstaltet in Regensburg eine Tagung, an der Wissenschaftler und Politiker aus der Schweiz, England, Frankreich, Holland, Spanien,

Neue Preis- und Lohnpolitik in der Bizone

BERLIN. General Lucius D. Clay und General Sir Brian Robertson richteten am 2. April an das Zweimächte-Kontrollrat eine Direktive über die Gestaltung der Lohn- und Preispolitik der Bizone. Darin werden die Erklärung der alliierten Kontrollbehörden über Prinzipien der Preisgestaltung, sowie die Anweisung des Zweimächte-Direktoriums über Preis-, Lohn- und Subventionspolitik als nicht mehr bindend erklärt. Die zukünftige Gestaltung der Preis- und Lohnpolitik wird dem Wirtschaftsrat übertragen. Die Preisgestaltung bei industriellen Grundzeugnissen, die bisher dem Kontrollrat vorbehalten war, ist nunmehr Angelegenheit der britischen und amerikanischen Militärregierung.
Für den Außenhandel sind ebenfalls neue Richtlinien erlassen worden. Der Inland-Stoppreis für Exportwaren wird aufgehoben und an seiner Stelle ein Markpreis eingeführt, der auf der Grundlage des Weltmarktpreises und eines neuen einheitlichen Wechselkurses von einer Mark = 20 Dollar beruht. Das gleiche gilt für die Einfuhr, bei der der zu zahlende Markpreis ebenfalls auf der Basis eines Wechselkurses von einer Mark = 20 Dollar festgesetzt wird. Von dieser neuen Preisgestaltung im Außenhandel sind lediglich die Grundnahrungsmittel bei der Einfuhr und die Kohle bei der Einfuhr ausgenommen, die weiterhin zu ihren bisherigen Marktpreisen bezahlt werden.
Kohlenpreiserhöhung und Subventionen
ESSEN. Wie ein Vertreter der britisch-amerikanischen Kohlenkontrollgruppe auf einer Pressekonferenz bekanntgab, ist eine Erhöhung des Kohlen-

Sozialisierung der Kohlenwirtschaft beschlossen

DÜSSELDORF. Der Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat am 21. März ein Gesetz zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft angenommen. Der Entwurf wird nunmehr dem Pre-

Der unerfahrene Welfahrer

Er kam immer weiter, war in Indien Treiber auf Elefantenjagden und was weiß ich alles, war in Siam, kam einem Tiger gerade noch durch, kam nach China, wußte schon nicht mehr genau, wie viele Jahre er unterwegs war. Und in China, fast auf dem Sprung, nun wirklich übers Wasser zu setzen und sozusagen durch eine Hintertür über den Großen Ozean nach Amerika doch noch zu kommen, erfaßte ihn, als er wachend auf einem Sack in einer Hafensbarade lag, ein Gedanke plötzlich. Der Lammwirt — was macht er ohne mich? Ein Schluck Most zum Brot, das wäre doch was, ein Schwarzbrot aus dem Backhaus, oh ja, und nach den Wiesen untern Buch hinter Wästerbau sehen wie das Gras steht, das wäre auch was. Wieviel Schafe der Lammwirt jetzt wohl hat? Der Suppinger hatte damals an die doppelte so viel, wenigstens in der Herde, die der Lorenz damals hütete, am Berg gegen Wenden zu, von wo aus man den Kirchturm von Ach hinter dem dunklen Wald auftragen sieht wie einen spitzen Finger.
An einem Nachmittag, es nieselte etwas und der Staub auf der Straße krümelte sich zusammen, die Schwalben flogen tief, da kam vom Marktplatz her die Lachinger Weitenstraße herab ein Mann mit einem Felleisen geschritten. Er hatte staubige Schuhe, auch war er dunkelgebrannt im Gesicht. Er ging langsam, schaute aber kaum rechts oder links. Erst als er im Hof des „Lammes“ stand, hob er die Nase etwas, sah auf die Miste hinüber, ging das Haus entlang, als kenne er sich aus, tat einen Blick zur Scheune und trat dann ein.
Ein Bier. Er holte aus seinem Sack etwas Essen, öffnete ein großes Sackmesser, Brot abzuschneiden. Die Magd brachte das Bier in einem grauen Krug. Der Mann nahm einen langen Zug und wischte sich dann den weißen blonden Bart. Thanks, hatte er gesagt. Dreißig Jahre alt mag er wohl sein, schätzte die Magd,

die aus braunen Augen lebhaft in die Welt schaute. Sie hatte dem Gast mit dem Zipfel ihrer Schürze vorher den Tisch abgewischt, da wo er saß. Thanks, hatte er auch da gesagt. Er saß ruhig da, hatte den Felleisack neben sich ans Stuhlbein gelegt und war entweder schlüchtern oder schwerfällig oder auch ein wenig wunderlich. Es war sonst kein Gast da in der getäfelten Stube, nur einige Fliegen summten suchend hin und her und hinter den Vorhängen an den Fensterscheiben auf und ab und andere liefen rüßelnd über die Tischplatte oder hatten sich auf die glänzenden Stellen der Ofenkacheln niedergelassen. Eine marschierliche über die gesenkte Stirn des Gastes, wie die Magd bemerkte. Er tat aber nicht, als ob ihn das störe. Durch die Vorhänge schien die Nachmittagssonne in das Zimmer, ein Hahn krächte, ein Wagen fuhr vorbei.
Auf dem Flur hörte man einen Schritt, dann trat durch die hintere Türe der Lammwirt in die Gaststube, sah, daß ein Gast da war und kam vollends herein. Er hatte noch den Hut auf, ihn aber weit ins Genick zurückgeschoben, der Hülze wegen und so sah man sein Haar, weiß wie Schnee. Doch ging er noch aufrecht, nur hatte er seines dicken Halses wegen Atemnöte und kam darum auch leicht in Schweiß.
„NObel, grüßte er. Es war sein Gewohnheitsgruß auch am Nachmittag, weil für gewöhnlich erst der Abend Gäste brachte.
Der Gast nickte wieder und hob die Augen auf, und schon da erkannte der Wirt seinen einstigen Knecht. Er ließ es sich aber nicht merken, das wäre wider die Art gewesen. Er fragte, ob er auch einen Käs bringen solle, weil es Vesper sei.
Der Gast besann sich kurz und sagte dann ja. Marie, einen Käs, rief der Wirt. Zu viel schien es der Bille Hans nicht gebracht zu haben. Das war er da hatte, war wohl alles. Konnte wohl gerade noch den Käse bezahlen.
So bist du wieder hierig, Hans Bille? fragte nun der Lammwirt laut, als er das Vesper hinstellte. Schön geseh in der Fremde? fügte

er etwas von oben herab hinzu. Dabei stieß er wie aus Versehen an das Felleisen, entschuldigte sich aber nicht, sondern nahm es nur, um es wieder zurechtzurücken und dabei das Gewicht zu prüfen.
Hans nickte mit dem Kopf.
Es hat bei dir damals arg gepresst, sprach der Wirt weiter, aber schon nicht mehr zu Hans selber hin, sondern der Wand zu, wie um eine Geringschätzung im Ton der Stimme dadurch noch mehr zu unterstreichen. Hoffentlich hat es sich auch rentiert!
Hans Bille antwortete nichts.
Hoffentlich hats Heimkommen nicht so arg gepresst, höhnte jetzt der Wirt weiter und machte mit Daumen und Zeigefinger eine reibende Bewegung. Erst jetzt tat er den Hut ab und legte ihn auf die Bank. Bille schüttelte den Kopf.
Eigentlich hat dein Vater dich mir mit allem verpfändet, begann der Wirt wieder, ich hör ihn heut noch sagen an seinem letzten Abend: den verlauf ich...
Da kam, etwas zu fragen, der Höfesküfer herein, erkundigte sich im Hausflur schon nach dem Lammwirt, trat in die Stube, sah den Gast, ohne ihn zu erkennen und wurde erst durch den Wirt aufmerksam, der mit dem Ellbogen zu Hans Bille hinzeigte. Halb höhnisch, halb geringschätzig sagte er: kennst den nimmer, den Bille-Hans, er ist heimkomme. Einen Felleisack hat er auch mitgebracht.
Jetzt, was seh i do, rief der Küfer, Hans, wo kommt her?
Er setzte sich zu dem braunen Gast.
Ha, drückte der Hans herum, halt so von drauß.
Wie ist dirz gangen?
Scho recht!
Was hast alles trieben?
Allerlei!
Bist in Ulm gese?
Auch!
Au no weiter!
Ja!
Viel geseh!

Ja!
Bist du ins Bairische komme?
I glaub!
Ha no, des mußt doch wisse! So nach Augsburg net.
Noi, da war ich net.
Oder nach Nürnberg?
Auch da net.
Mein Vater ist auf der Wanderschaft einmal bis Regensburg komme, das hat er oft erzählt. Da war i auch!
Also doch im Bairische. Regensburg ist Bayernland. Weißt das net?
Ich hab ne so drauf geschiet.
Das merkt doch schon an der Gosch, am Schwitz.
Ja.
In soch zäher Weise grub der Küfer aus Hans doch einiges heraus und der Wirt hörte aufmerksam zu.
Auf sagte der Küfer, jetzt muß i ganga, hab mich arg vernehmzt, aber Hans, du bist ja in der Welt vernehmzt. Du, das interessiert mich, heut abend bist doch da?
Der Lammwirt griff sofort ein: Er schlief da. Kommt nur. Er sah einen Vorteil. Er bot Hans das alte Bett im Pferdestall, das Vesper sei auch zum Einstand und das Bier auch, er brauche das nicht zu bezahlen. Währlich er sei doch weit herumgekommen! Er versuchte nun noch einiges aus der Kargheit des Gastes herauszubekommen... was! In Wien warst auch und in der ungerschen Hauptstadt auch!
Sofort schickte der Lammwirt den jungen Knecht zum Küfer, er solle dem sagen, der Bille-Hans sei auch in Wien gewesen und in Hungaria und er habe allerlei erlebt.
So, für heut abend war gesorgt.
Es war auch so. Gäste kamen. Doch der Hans sprach nicht sehr viel. Am End, sagte schließlich der Schreinerfritz, bist auch noch bei den Türken in Konstantinopel gewesen?
Ja auch da! antwortete der Hans.
Alle lachten zusammen.
(Fortsetzung folgt)

